

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

1. Ausgabe / 31. Jahrgang

Für Halle und den  
Saalekreis

19. Januar 2021

## Petras Gruß zum neuen Jahr

2020 hat es uns allen nicht leicht gemacht. Wir mussten und müssen Verzicht üben, auf Abstand zueinander gehen, Geduld haben und uns gegenseitig schützen, damit wir gesund und gut durch die Pandemie kommen. Corona hat das letzte Jahr bestimmt und wird uns auch im neuen noch ein Stück weit begleiten. Die Zahlen sind nach wie vor zu hoch und die Maßnahmen setzen vielen Branchen, vor allem der Gastronomie und der Kunst- und Kulturszene, massiv zu. An den Schulen unterrichten Lehrkräfte unter erhöhtem Risiko und auch in den Krankenhäusern kämpft das Personal um jedes Leben. Hier fehlt nach wie vor die entsprechende Unterstützung und Anerkennung seitens der Politik, denn vom Applaus allein können Pflegekräfte nicht leben. Ein Lichtblick: Der Impfstoff ist da und somit auch die Chance, das Virus endlich besiegen zu können.

Doch auch wenn es sich so anfühlt, so gab es letztes Jahr nicht nur Corona, sondern auch andere Ereignisse, die uns geprägt haben: In Australien gab es um den Jahreswechsel 2019 zu 2020 verheerende Buschbrände; ebenso in Brasilien. Der Brexit wurde vollzogen und Berlin eröffnete nun endlich den neuen Flughafen Willy Brandt. Das Jahr wurde geprägt durch Proteste. In den USA wurde George Floyd Opfer von Polizeigewalt und Tausende gingen auf die Straßen, um für Black Lives Matter zu demonstrieren. Präsident Donald Trump begegnete ihnen mit Gewalt. Außerdem trat er aus der WHO aus. Im November wurde er aber endlich bei den US-Wahlen von Joe Biden abgelöst, auch wenn Trump das nicht akzeptieren möchte. In Polen gingen Tausende auf die Straßen, um gegen das verschärfte Abtreibungsgesetz zu protestieren. Terror suchte uns heim; in Wien, in Hanau und andernorts. Leid und Elend gab und gibt es nach wie vor in den Flüchtlingslagern von Moria. In Halle gedachten wir dem Terroranschlag vom 9. Oktober 2019, dessen Täter nun die Höchststrafe erhalten hat.

Wir debattierten um die Widerspruchslösung bei der Organspende, sammelten zahlreiche Unterschriften im Volksbegehren Den Mangel beenden. Unseren Kindern Zukunft geben und für die Petition Kitagipfel statt Autogipfel. Wir feierten mit dem BBZ lebensart, mit dem Dornrosa e.V. und der AIDS Hilfe ihr 30-jähriges Jubiläum und hielten an alten Traditionen fest, mit dem Alternativen Neujahrsempfang, dem Nelkenverteilen zum Frauentag und mit der Teilnahme am Friedenslauf und so vielem mehr, was wir trotz Corona geschafft und kreativ umgesetzt haben. Wir streikten mit dem Öffentlichen Dienst und dem ÖPNV und setzten uns für eine autofreie Innenstadt ein. Wir haben Spendenaktionen unterstützt, gestartet und auch selbst gespendet: Zum Beispiel für das SCHIRM-Projekt der Halleschen Jugendwerkstatt, das benachteiligten jungen Menschen, heimatlosen Jugendlichen und auch Familien eine Notversorgung zukommen lässt. Wir sammelten und spendeten auch für die Evangelische Stadtmission 1.000 Euro sowie Lebensmittel und Hygieneprodukte, damit diese an Bedürftige weiterverteilt werden konnten. Wir spendeten an den Kinderschutzbund Halle und andere wichtige Einrichtungen und Vereine der Stadt. Unser Stadtverband ist jetzt Futterpate für den Roten Panda im Bergzoo Halle. Wir unterstützten die Seebrücke und setzten uns für die Aufnahme von Geflüchteten in Halle ein. Wir zeigten uns solidarisch mit den Pflegekräften und, und, und. Und natürlich schauen wir auch nach vorn ins neue Jahr.

2021 wird ein Wahljahr, das uns viel abverlangen wird - mit oder ohne Corona. Es stehen Landtagswahlen an, für die wir im September 2020 vier Top-Direktkandiat:innen aufgestellt haben. Henriette Quade, Janina Böttger, Hendrik Lange und Dirk Gernhardt werden unsere Partei vertreten und wir werden sie natürlich tatkräftig unterstützen, damit DIE LINKE in Sachsen-Anhalt stark und kompetent im Landtag vertreten bleiben wird. weiter auf Seite -2-

## Petras Gruß... Fortsetzung von Seite -1-

Und dann steht auch schon wieder die nächste Bundestagswahl an, für die ich für euch und für die Menschen in meinem Wahlkreis erneut kandidieren werde.

Auch hierfür werden wir unsere Kräfte bündeln und motiviert und ideenreich in den Wahlkampf gehen.

2021 startet nicht leichter als das alte geendet hat. Darum hoffe ich, dass ihr die Zeit zwischen den Jahren gut nutzen konntet für Erholung, zum Krafttanken und Innehalten.

Ich hoffe, dass ihr alle gesund und solidarisch miteinander

der geblieben seid, denn nur so gelingt uns ein guter Start ins wahlintensive Jahr 2021.

Vielen Dank an euch für euer Engagement, eure Unterstützung, euren Mut und euer Durchhaltevermögen in einem so unsicheren und fordernden Jahr 2020. Nur gemeinsam konnten wir es schaffen, unsere Vorhaben umzusetzen und gemeinsam werden wir unsere Ziele für 2021 erreichen.

Willkommen im neuen Jahr und alles, alles Gute und vor allem Gesundheit und Tatendrang!

Petra Sitte

## Gedanken zum neuen Jahr

Im „Linken Blatt“ vom Dezember 2020 haben unsere Vorsitzenden Anja und Jan einen kurzen Abriss über die Arbeit des Stadtverbandes im vergangenen Jahr gegeben. Ja, das Jahr 2020 war ein ganz besonderes. Für ihr getroffenes Fazit und die aufmunternden Worte sage ich herzlich „Dankeschön!“ und wünsche uns allen ein friedliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2021.

Im letzten „Linken Blatt“ war auch an mehreren Stellen zu lesen, wie kompliziert in den Zeiten der Coronapandemie die Kommunikation untereinander und die Partearbeit überhaupt sind.

Vieles kann nur durch Verbindungen über's Internet realisiert werden.

Aber auch unser „Linkes Blatt“ könnte hier noch mehr als Basis zum Gedankenaustausch dienen, vor allem, weil nicht alle in der Lage sind, das Internet und/oder die sozialen Medien zu nutzen. Also traut euch, eure Meinung auch einmal schriftlich per Post oder (wenn möglich) per E-Mail an [info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de) kundzutun.

Auch unser digitaler Stammtisch scheint immer mehr „Anhänger“ zu finden. Im Dezember haben wir uns auf dieser Plattform mit Katja Kipping getroffen und zum Thema „Wer bezahlt die Krise?“ diskutiert. Es war ein

sehr offener Gedankenaustausch, in dem auch schon die Forderungen, die jetzt im politischen Neujahrstakt von unseren Parteivorsitzenden formuliert wurden, anklangen. Damals bewegte aber auch die geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrages die Gemüter - und auch das war dann Gegenstand der Diskussion.

Es wäre schön, wenn noch mehr von euch an unseren digitalen Stammtischen teilnehmen würden. Wir freuen uns auch über Anregungen zu den Themen, über die ihr gern mit uns diskutieren würdet, freuen.

Seit Mitte Dezember liegt uns der Entwurf des Wahlprogramms zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt vor. Auch hierzu wollen wir uns austauschen und vielleicht Änderungsanträge erarbeiten. Der Entwurf ist wieder ein ziemlich umfangreiches Werk. Ich habe noch nicht alle Teile lesen können, aber ich finde, dass uns hier ein recht gelungenes Dokument mit sehr konkreten Vorschlägen für unsere zukünftige Arbeit an die Hand gegeben worden ist. Unseren Delegierten und dem Landesparteitag im Frühjahr wünsche ich daher eine erfolgreiche Arbeit und gutes Gelingen.

Ich freue mich trotz aller Probleme und Widrigkeiten auf das Superwahljahr 2021 und darauf, viele von euch gesund wieder zu treffen.

Lydia Roloff



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat Januar Geburtstag haben.



### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand  
DIELINKE Saalekreis  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
[linkesblatt@dielinke-halle.de](mailto:linkesblatt@dielinke-halle.de)  
Anja Krimmling-Schoeffler/  
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

#### Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
14.01.2021  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 11.02.2021

## Gedenken an Rosa und Karl - Trotz alledem

Vor 102 Jahren, am 15. Januar 1919, wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin von Angehörigen der rechtsextremen Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter Leitung von Waldemar Pabst ermordet.

„Ich war, ich bin, ich werde sein“ - so beendete Rosa Luxemburg ihren letzten Artikel nach der Niederschlagung des Januaraufstandes. Sie meinte damit die Revolution. Diese hatte seit dem 9. November 1918 als breite Volksbewegung gegen den Krieg die Monarchie in Deutschland hinweggefegt. Aber sofort nachdem die 'deutsche Republik' (Philipp Scheidemann, Mehrheitssozialdemokratie) bzw. die 'freie sozialistische Republik Deutschland' (Karl Liebknecht, Spartakusbund) ausgerufen worden waren, hatten die alten Eliten damit begonnen, die Konterrevolution zu organisieren. Und dies mit Erfolg. Mit dem Ebert-Groener-Pakt wurde die Machtbasis für die Durchsetzung der mehrheitssozialdemokratischen Vorstellungen einer bürgerlichen Demokratie und der Beginn der Niederschlagung aller Bewegungen, die über die Parlamentarisierung und den

Achtstundentag hinausgehende demokratische Ideen verfolgten, gelegt. Die Truppen des sozialdemokratischen Wehrministers Gustav Noske waren es, die die drei Führer der zur Jahreswende 1918/1919 neu gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - Rosa Luxemburg, ihren Freund und Förderer Leo Jogiches († 10. März 1919) und Karl Liebknecht - meuchlings ermordeten. Waldemar Pabst, der sich vor der Ermordung von Rosa und Karl erst noch von Noske dafür grünes Licht geholt hatte, wurde für seine Taten nie gerichtlich belangt und starb im Alter von 90 Jahren in Frieden und Wohlstand, natürlich in Westdeutschland. Nachdem in diesem Jahr das für den 10. Januar 2021 geplante Stille Gedenken für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf dem Friedhof der Sozialisten aufgrund der sehr kritischen Corona-Lage in Berlin verschoben werden musste, wird es hoffentlich am 14. März 2021, wenige Tage nach dem 150. Geburtstag von Rosa am 5. März, stattfinden können. Egal wie, wir werden ihrer immer gedenken und sie nie vergessen! Erschienen auf linksfraktion.de am 15.1.2021

## Aus der Stadtratssitzung vom 16. Dezember 2020

Diese Stadtratssitzung hat die Chance, als die kürzeste Sitzung jemals betitelt zu werden!

Auf Grund der Corona-Bedingungen gab es eine mehrheitliche Einigung der Stadträte, auf größere Debatten zu verzichten und innerhalb einer Stunde die wichtigsten Themen zu bereden. Alle Anträge, Wiedervorlagen, Anfragen wurden weiter vertagt.

Zu den wichtigen Themen gehörte ohne Zweifel der Haushalt der Stadt Halle für das Jahr 2021.

Im Vorfeld gab es bereits Absprachen mit mehreren Fraktionen, um Änderungsanträge mehrheitsfähig zu machen. So wurden viele wichtige Anträge gebündelt in einem Änderungsantrag, dem wir auch zustimmten. Für unsere Fraktion war z.B. wichtig, dass die Drogenberatungsstellen mehr finanzielle Mittel erhalten, um tarifbedingte Löhne zu zahlen und auch eine Investition für das Haus der Wohnhilfe war uns wichtig.

Der Haushalt wurde mit diesem fraktionsübergreifenden Antrag mehrheitlich bestätigt.

Wir sind trotzdem gespannt, ob der Haushalt in dieser beschlossenen Variante Bestand hat, denn nicht abzu-sehen ist beispielsweise, ob die Steuerausfälle durch die Corona-Pandemie weitere „Einschläge“ für den Haushalt bringen. Möglicherweise müssen wir „nachsteuern“.

Beschlossen wurde im Stadtrat eine Änderung der Geschäftsordnung. Mit dieser Änderung ist es ab sofort möglich, Stadtratssitzungen auch als Videokonferenzen durchzuführen. Ggf. werden wir davon bereits im Januar 2021 Gebrauch machen müssen.

Diskutiert wurde auch zum Aufstellungsbeschluss für das Wohn- und Geschäftsquartier am Böllberger Weg. Ein privater Investor möchte auf dem Gebiet des „Sportparadieses“ mehre Wohngebäude mit 200 Wohnungen, Büros und Gewerbeflächen errichten. Die bisherigen Gebäude des geplanten „Sportparadieses“ sollen abgerissen werden. Die Vorlage wurde nicht beschlossen. Verschiedene Fraktionen hatten noch Beratungsbedarf. Zu dieser Vorlage gab bzw. gibt es mehrere Änderungsanträge. Auch unsere Fraktion hat dazu einen Änderungsantrag eingebracht. Er fordert, dass 20% der Wohneinheiten zu einem Netto-Kaltnietpreis bereitgestellt werden, der die Höhe des jeweils aktuellen KdU-Richtwertes (KdU = Kosten der Unterkunft) plus 20% nicht übersteigt. Dazu schließt die Gemeinde mit dem Vorhabenträger einen Städtebaulichen Vertrag ab.

Unser Ziel ist, dass der Beschluss des Stadtrates zum Wohnpolitischen Konzept der Stadt Halle (Saale) auch

umgesetzt wird.

Das Nutzungskonzept zum Stadtbad wurde ebenfalls nach zahlreichen Diskussionen in den Fachausschüssen bestätigt. Mit einem gemeinsamen Änderungsantrag mehrerer Fraktionen (wir sind auch dabei) wurde noch einmal darauf Wert gelegt, dass die geplanten Maßnahmen zur Nutzung des Bades dem Anliegen Therapie und Gesundheit entsprechen. Damit soll ge-

währleistet werden, dass die Fördermittel für die Sanierung zweckentsprechend beantragt werden können. Die geplante Variante für die Unterbringung eines Kinderhortes in den Nebenräumen fällt beispielsweise damit weg. Wie bereits geschrieben, sind keine weiteren Anträge etc. behandelt worden. Wir freuen uns dann auf die Tagesordnung im Januar.

Ute Haupt

## **Wohnraum für Halle: Sozial und nachhaltig!**

Zur kommenden Stadtratssitzung stehen zwei wohnungspolitische Themen auf der Tagesordnung. Zum einen gibt es eine Vorlage der Stadtverwaltung, die den Startschuss für das Projekt „Saalegärten“ geben soll. Hier plant ein Investor aus dem gescheiterten „Sportparadies“ am Böllberger Weg ein Wohnprojekt zu machen. Dazu sollen die Ruine der geplanten Sporthalle abgerissen und neue Gebäude gebaut werden, die vor allem als Wohnungen, aber auch als Büros, Geschäfte und gastronomische Einrichtungen genutzt werden sollen.

Wir bedauern zwar, dass das „Sportparadies“ und die weiterhin benötigte Sporthalle damit vorerst Geschichte sind, aber wollen den Fortbestand als Ruine ebenfalls nicht akzeptieren. Auch die Schaffung von Wohnraum ist eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe, an der wir konstruktiv mitarbeiten wollen. Deshalb werden wir im Rat einen Antrag stellen, der den Investor dazu verpflichtet, 20 Prozent der Wohnfläche zu günstigen und sozialen Mieten anzubieten. Es ist klar, dass der Investor Geld verdienen möchte - aber die Stadt muss die Bedürfnisse der Hallenser\*innen berücksichtigen. Das gilt bei baulichen Fragen genauso wie bei der

Schaffung sozialen Wohnraums, welcher dem gültigen wohnungspolitischen Konzept entspricht.

Nachhaltiger und sozialer Wohnraum soll auch in Halle-Neustadt entstehen. Hier möchte ein Investor die Scheibe C sanieren und mit dem Konzept „Vario-Wohnen“ (flexibles Wohnen für unterschiedliche Generationen) zukunftsfähig machen. Leider reichen die dafür von Land und Bund genehmigten Fördermittel nicht, weshalb diese auch signalisiert haben, weitere Fördermittel zu bewilligen. Allerdings verweigert die Stadtverwaltung eine erneute Beantragung. Ohne jede Not soll die Sanierung der Scheibe C verhindert und ein Teil des wichtigen Neustädter Scheibensembles dem Verfall preisgegeben werden.

Wir fragen uns: Soll die Stadt auf Investor\*innen warten, die die Scheibe C ohne Fördermittel sanieren? Oder wartet sie darauf, die Scheiben irgendwann abzureißen? Die Lage ist zu ernst, um ein Scheitern zu akzeptieren. Wir werden im Stadtrat für sozialen Wohnraum in den „Saalegärten“ und für die Scheibe C kämpfen - und damit auch dafür, dass Investitionen und Fördermittel den Hallenser\*innen dienen und nicht umgekehrt!

## **16 Jahre Oury Jalloh - 16 Jahre politisches Versagen**

Am 7. Januar jährte sich der Todestag Oury Jallohs zum 16. Mal. Dazu erklärte Henriette Quade, innenpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt:

„Seit 16 Jahren ist der Tod Oury Jallohs nicht aufgeklärt. Das ist keine unglückliche Fügung, es ist auch Ergebnis politischen Versagens. In der sich dem Ende neigenden Legislaturperiode des Landtages war der immense Aufarbeitungsbedarf offensichtlich. Statt aber einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, entschieden sich CDU, SPD und Grüne für den Einsatz von Sachverständigen. Deren Arbeit wurde immer wieder verzögert und mit der Verweigerung von Gesprächen

mit Angehörigen der Justiz zum Teil unmöglich gemacht. Alle Befürchtungen, die damals zu diesem Verfahren geäußert wurden, haben sich aus Sicht der Fraktion DIE LINKE bestätigt: Die entscheidende Funktion der Sachverständigen war es, einen Untersuchungsausschuss zu verhindern. Damit ist auch diese Legislaturperiode eine für Aufklärung verschenkte. Die nicht enden wollende Kette von Skandalen setzt sich damit fort. Der Bericht der Sachverständigen gibt keine Antwort auf die Frage, ob Oury Jalloh ermordet wurde und von wem. Er stellt fest, dass neue Ermittlungen kaum Aussicht auf Erfolg hätten. Bereits im Verfahren in Magdeburg wurde betont, dass die Aufklärung des Todesfalls an der Weigerungshaltung der

beteiligten Polizisten scheitert. Entscheidende Schritte, die für Aufklärung hätten sorgen können, lassen sich nicht nachholen.

Von Gewahrsamnahme, über Fixierung bis hin zur Blutentnahme waren sämtliche Maßnahmen, die die Polizei Dessau gegenüber Oury Jalloh traf, rechtswidrig. Das ist nicht neu, sondern seit 16 Jahren klar und bekannt. Oury Jalloh wäre nicht gestorben, hätte die Polizei rechtmäßig gehandelt. Darüber hinaus haben wir es allein in der aktuellen Legislaturperiode mit zwei schwerwiegenden Falschdarstellungen durch Justizministerin Keding und Generalstaatsanwalt gegenüber dem Parlament sowie einem Verdacht auf unzulässige Einflussnahme durch den damaligen Staatssekretär zu tun. Dass die Ministerin noch immer im Amt ist, ist ebenso unbegreiflich, wie die Tatsache, dass es eine Mehrheit im Parlament gibt, die diese Vorgänge hinnimmt. Bezeichnend ist darüber hinaus, dass der Bericht der Berater so wenig Neues in der Sache enthält, allerdings der regierenden CDU als Grundlage für ein Misstrauensvotum gegen Jerzy Montag dient: Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Innenministers war es, ihn als externen Angehörigen der Sonderkommission zur Aufklärung rassistischer und antisemitischer Vorfälle in der Landespolizei zu entlassen. Entsprechend medialer Berichte ist ein Grund dafür, der Unmut der CDU-Fraktion über seine Kritik im Fall Oury Jalloh. So bitter es ist - dieser Vorgang taugt als Symbol. Als Symbol dafür, dass Aufklärung und Aufarbeitung des Todes Oury Jallohs in Sachsen-Anhalt nicht mehrheitsfähig sind und dass als größtes Problem an Rassismus und Antisemitismus in der Polizei diejenigen wahrgenommen werden, die darüber sprechen.

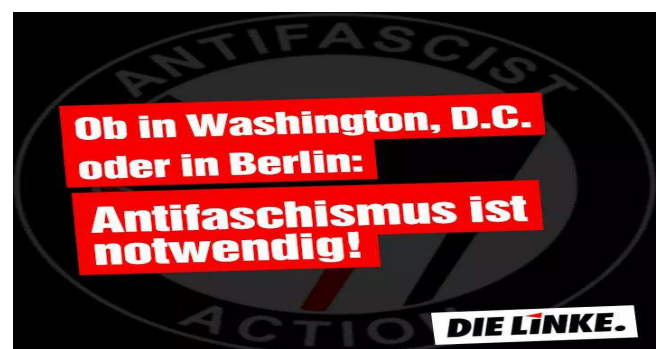
Unser ausdrücklicher Dank gilt denen, die - wie die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh - für Aufklärung kämpfen, sich auch von Kriminalisierung und Diffamierung nicht aufhalten lassen und auch heute in Dessau und andernorts Gedenken organisieren.

Die Fraktion DIE LINKE bleibt dabei: Ein Untersuchungsausschuss Oury Jalloh ist unumgänglich. So sehr wir die Ankündigung der SPD für einen Untersuchungsausschuss in der nächsten Legislaturperiode begrüßen, so sehr müssen auch SPD und Grüne sich für diese Legislatur politisches Versagen vorwerfen lassen. Wenn der Wille nach Aufarbeitung ernst gemeint ist, muss dieser Ausschuss unabhängig von einer Regierungsbildung im Sommer eingesetzt werden. Die Aufarbeitung des Falls Oury Jalloh darf nicht Gegenstand eines wie auch immer gearteten Koalitionspokers sein.“

## **Ob in Washington, D.C. oder in Berlin: Antifaschismus ist notwendig!**

Der faschistische und schockierenderweise auch partiell erfolgreiche Versuch, das Capitol zu stürmen, zeigt was für eine Gefahr in der von Antisemitismus, Sexismus, Homophobie, Chauvinismus und Rassismus motivierten, organisierten politischen Rechten in den USA ausgeht. Damit konnten sie die Kongresstätigkeit verzögern, Abgeordnete und Pressevertreter\*innen und anderen verletzen. Zwar konnten die Rechtsextremen die Tätigkeit des Parlaments nicht dauerhaft einschränken - sie haben trotzdem bewiesen, wozu sie bereit sind. Die Bilder aus Washington erinnern an Szene aus Berlin, wo vor einigen Monaten Faschist\*innen auf den Reichstagstreppe posierten und einzudringen versuchten. Um offiziöse politische Akteur\*innen hat sich sowohl in den USA als auch in Deutschland ein verzweigtes Netzwerk faschistischer Gewalttäter\*innen und Propagandist\*innen entwickelt - in den USA offensichtlich um den (immer noch) US-Präsidenten Trump, in Deutschland um die AfD und weit rechtsstehende Teile der Union.

Dagegen hilft es nicht, nur den liberalen Rechtsstaat zu beschwören und ansonsten Extremismus allgemein zu verurteilen. Wer die Demokratie verteidigen will, muss mehr sein als kein\*e Faschist\*in. Wenn wir die Netzwerke der Rechten aufdecken und ihre Ideologie bekämpfen wollen, wenn wir solche Bilder verhindern und Amtszeiten wie die von Trump verhindern wollen, dann müssen sich mehr Menschen für einen aktiven Antifaschismus einsetzen. Ein erster Anfang ist: Wenn Rechte die gestrigen Ausschreitungen mit einem „aber die Antifa...“ verharmlosen wollen, dann kann man einfach mal festhalten, dass Antifa-Strukturen wichtige Arbeit leisten und der Antifaschismus gelebte Praxis werden muss! Es darf und sollte keine Gleichgültigkeit gegenüber rechtsextremer Politik geben - vielmehr sollten sich einige Akteur\*innen endlich fragen, ob es nicht vielmehr klare Kante gegen Rechts braucht!



# Bildung ist Lebensmittel – auch in Pandemiezeiten!

Die hohen Infektionszahlen haben bundesweit erneut für einen harten Lockdown gesorgt. Er betrifft auch wieder die Schulen, tausende Lehrkräften, Millionen Schüler:innen und deren Eltern. Bund und Länder hatten eigentlich seit der ersten Welle ausreichend Zeit für einen Plan B gehabt und aus Fehlern lernen können. Eigentlich. Gelernt wurde viel zu wenig. Es ist nun schon fünf nach zwölf. Gehandelt werden muss dringend, um Schüler:innen gute Bildung trotz Corona zu ermöglichen. Die aktuelle Diskussion beschränkt sich auf die Alternativen „Schule auf“ oder „Schule zu“. Dabei ließe sich sogar in der Krise die dringend notwendige Verbesserung der Bildungsqualität und mehr Bildungsgerechtigkeit

ansteuern. Schule muss endlich zu einem Ort der breiten und tiefen Bildung werden. Denn: Bildung ist mehr als das Abarbeiten von Lehrplänen, mehr als Kompetenztraining. Das durch die PISA-Studien angestoßene „Bulimielernen“ für Prüfungen, Abschlüsse und Schulleistungsvergleiche steht einem emanzipatorischen Verständnis von Bildung entgegen, das auf Selbstständigkeit, Mitmenschlichkeit, Vernunftfähigkeit sowie auf unabhängiges und kritisches Denken ausgerichtet ist. Junge Menschen sollen gefestigte und (selbst-)reflektierende, also mündige Bürger:innen werden. Bildung darf nicht länger auf eine Anpassungsleistung an Arbeitsmarktanforderungen reduziert werden. Die Coronakrise bietet die Chance, den jahrelangen Umbau der Schulbildung nach ökonomischen Prinzipien zu stoppen und darüber nachzudenken, worum es bei Bildung eigentlich gehen sollte.

## Eine Schule für alle:

- demokratisch
- inklusiv
- sozial gerecht

nen Gruppen und unter Wahrung aller Vorsichtsmaßnahmen zu treffen und auszutauschen. Das soziale Miteinander mit den Schulfreund:innen darf auch während des Lockdowns nicht vollkommen verloren gehen. Dafür brauchen wir nicht nur Lehrer:innen, sondern auch Sozialarbeiter:innen und andere pädagogische Fachkräfte.

## 2. Nehmt den Druck raus! Bildung und Lernen sind wichtiger als Prüfungen!

Dieses Schuljahr wird definitiv kein Normales sein. Für Schüler:innen und Lehrkräfte bedeutet Corona eine enorme Belastung. Jetzt immer noch den Schwerpunkt auf Prüfungen und Leistungsbewertungen (Klausuren, etc.) zu legen, täuscht einen Regelunterricht vor, der der Ausnahmesituation in den Schulen nicht entspricht. Der hohe Prüfungsdruck gegenüber den Schüler:innen ist

## 1. Schule muss als Lern- und Erfahrungsraum zugänglich sein!

Schule ist ein elementarer Lebensraum für Kinder und Jugendliche, ein wichtiger Bildungs- und Kommunikationsort. Schüler:innen müssen die Möglichkeit haben, sich in ihrer Schule in klei-

# DIE LINKE.

## Bildungspolitik\*innen

## Bildung ist Lebensmittel – auch in Pandemiezeiten!

(Hybrid-Unterricht) müssen die Internetzugänge und die digitale Ausstattung der Schulen und der Schüler:innen zügig verbessert werden. Neben der Ausstattung mit Digitaltechnik bedarf es auch einer stärkeren Betreuung durch pädagogische Fachkräfte. Denn: Pädagogik lebt von Beziehungen – zwischen Lehrenden und Lernenden. Kein digitales Lernprogramm, kein Lernen aus der Ferne kann das vollständig ersetzen. Wer zu Hause keine optimalen Lernmöglichkeiten hat, braucht besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Die Politiker:innen, die jetzt plötzlich das Wort der Bildungsgerechtigkeit im Mund führen, rechtfertigen damit ihren Weg des „Weiter so“ zurück in ein ungerechtes, abschließendes und abwertendes Bildungssystem der Klassengesellschaft.

### Eine Schule für alle:

- demokratisch
- inklusiv
- sozial gerecht

nicht zu rechtfertigen. Alternativen zu Prüfungen und Notenbewertungen sind jetzt notwendig. Es ist wichtig, auch in Corona-Zeiten möglichst viel zu lernen, aber es ist nicht wichtig, möglichst viel zu prüfen.

## 3. Fokus auf die Schwächsten!

Der erste Lockdown hat gezeigt, dass die sozialen Folgen von Schulschließungen beträchtlich sind. Kinder aus benachteiligten Familien gehören jetzt in den Fokus von sozialen und bildungspolitischen Maßnahmen. Ihr Recht auf Bildung und Teilhabe muss ernst genommen werden. Homeschooling verschärft die sozialen Ungleichheiten im Bildungssystem dramatisch. Wer zu Hause keine optimalen Lernmöglichkeiten hat, muss in der Schule lernen können. Für Unterricht in Teilpräsenz mit der Möglichkeit der Teilnahme aus dem Homeschooling

gesetzt werden. Museen, Theater, Galerien, kleine Werkstätten, Planetarien, Zoos und soziale Zentren – all dies liegt derzeit brach und könnte genutzt werden. Außerschulische Lernorte können eine echte Alternative zur Notbetreuung und wochenlangem Homeschooling sein.schooling sein.

## 5. Beteiligung durch Runde Tische!

Schulen und Schulgemeinschaften: Expert:innen der Praxis, Schulgemeinschaften, Lehrer:innenverbände, Elternvertreter:innen, Schülerkammern, Fachverbände, Elterninitiativen – alle können dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche in dieser Krise Rückhalt und Bestärkung finden. Sie dürfen keinen dauerhaften Schaden nehmen. Dafür sollen diese Interessengruppen mit den Behörden an Runden Tischen sinnvolle Wege diskutieren und entscheiden, die dem Recht der jungen Menschen auf Bildung und der Notwendigkeit des Gesundheitsschutzes für alle an schulischer Bildung Beteiligten Rechnung tragen. Ziel ist es, gemeinsame Lösungen zu finden, die insbesondere die Bedürfnisse der Schüler:innen in den Blick nimmt.

## 4. Kreative Konzepte statt planloser Notbetreuung!

Außerschulische Lernorte und das Einbinden von Kunst- und Kulturschaffenden, von Handwerker:innen und anderen Profis machen die ganze äußere Welt zu einem Lernraum. Hier können Schüler:innen viel Praxis erfahren. Außerschulische Bildungsangebote erweitern den Unterricht durch sinnlich wahrnehmbare Erfahrungen. Lernen an anderen Orten mit anderen Menschen aus der Praxis ermöglicht auch, kleinere Lerngruppen zu bilden, die sich an den Bedürfnissen der einzelnen Schüler:innen orientieren. Dadurch können auch die notwendigen Hygienevorschriften besser um-

**DIE LINKE.**  
**Bildungspolitiker\*innen**

## Klarer Kurs auf die soziale Frage

DIE LINKE steht aktuell zwischen 7 und 8 Prozent. Damit können wir in keiner Weise zufrieden sein. Die vergangenen Niederlagen bei den Kommunalwahlen in NRW, der Europawahl und den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg wurden viel zu wenig aufgearbeitet. Über die politische Verantwortung dafür wurde gleich gar nicht diskutiert.

Nun, am Beginn des Superwahljahres und in Zeichen der Pandemie, ist es dringend erforderlich, sich strategisch, inhaltlich und personell aufzustellen. Und zwar so, dass DIE LINKE erfolgreich sein kann und damit die Politik in Deutschland massiv ändern kann.

Alle Befragungen zeigen, dass der LINKEN in Sachen sozialer Gerechtigkeit am meisten Kompetenz zuge-  
traut wird. So wie den Grünen höchste Kompetenz in Sachen Umwelt- und Klimaschutz zugeschrieben wird (egal, wie wir das finden und ob es glaubwürdig ist). Zunächst ist es meines Erachtens erforderlich, sich auf unsere Kompetenz zu konzentrieren und eine überschaubare, klare und stringente Themensetzung im Zeichen der Pandemie zu entscheiden. Dabei ist davon auszugehen, dass wir schwere verteilungspolitische Auseinandersetzungen haben werden. Eine klare Fokussierung auf unsere Schwerpunktthemen kann sowohl unsere StammwählerInnen mobilisieren, als auch Wählerinnen und Wähler aus dem Nichtwählerlager gewinnen.

Ich schlage die Fokussierung auf lediglich vier Punkte vor. Dies bedeutet natürlich nicht, zu anderen Themen zu schweigen oder keine konzeptionellen Arbeiten auf anderen Gebieten vorzunehmen. Aber diese vier Punkte sollten auf allen Ebenen der Partei und der Fraktionen durchgearbeitet werden und stetig wiederholt werden. Als ersten Punkt sollte die Forderung nach einer Vermögensabgabe popularisiert werden. Wer zahlt für die Krise? Wird es so laufen wie immer, dass nämlich die kleinen Leuten die Zeche zahlen? Oder gibt es eine Abgabe, die nach Berechnungen für die Bundestagsfraktion Milliarden Euro einnimmt und gleichzeitig ein maximalen Symbolwert für Umverteilung von oben nach unten hat? Natürlich sollte diese Forderung umrahmt werden von einem Steuerkonzept. Klar. Aber zentral für die Wahlen sollte die Forderung nach einer Vermögensabgabe sein.

Kurz: Vermögensabgabe für Milliardäre!

Zweiter Baustein der Schwerpunktsetzung kann das Verbot von Waffenexporten sein. Dies korrespondiert mit unserer klaren, friedenspolitischen Grundhaltung als



Linke. Außerdem ist es eine Forderung, die nachvollziehbar, stringent und realistisch ist. Das Verbot von Waffenexporten ist moralisch zweifelsfrei richtig, geboten und kann unsere friedenspolitischen Positionen insgesamt transportieren. Gleichzeitig greift diese Forderung den Wunsch nach außenpolitischer Stabilität auf. Das Ende der dreckigen Waffenexporte bringt mehr Sicherheit, weniger Krieg und weniger Leiden. Kurz: Waffenexporte beenden!

Dritter Punkt sollte den allgemeinen Erfahrungen von Pandemie und Gesundheitssystem gelten. Und zwar nicht abstrakt, sondern klar und pointiert. Kern sollte die Forderung sein, die Marktlogik aus dem Gesundheitssystem zu verbannen. Die Entprivatisierung der Krankenhäuser ist dabei die zentrale Forderung. Dies trifft den Nerv der Menschen. Es lässt sich in eine größere Erzählung für eine neue Ära der Solidarität und eine neue Zeit mit einem starken Sozialstaat verbinden. Außerdem habe gerade in den ländlichen Regionen die Menschen erlebt, was die Privatisierung von Kliniken bedeutet.

Kurz: Entprivatisierung des Gesundheitssystems!

Vierter und letzter Punkt sollte die Forderung nach einem gerechten Bildungssystem sein, dass keinen zurück lässt und eine Hilfestellung sein kann, um besonders arme Kinder zu unterstützen. Ein gemeinsames, top-finanziertes Bildungssystem muss die Forderung sein. Hier kann auch auf die Erfahrungen unserer Landesregierungen zurückgegriffen werden, die Partei ist auch in dieser Frage gemeinsam überzeugt.

Kurz: Ein Top-Bildungssystem für alle!

Die Konzentration auf drei oder - wie hier - vier Punkte muss so organisiert werden, dass die Partei massiv



mobilisiert wird. Daher sind diese Forderungen kurz, knapp und zugespitzt zu popularisieren und gleichzeitig müssen sie von unseren Fachleuten konzeptionell umrahmt werden.

Zur Frage der Umsetzbarkeit unserer Forderungen sollten wir aus den alten, ermüdenden Debatten aussteigen und selbstbewusst sagen: Diese vier Forderungen sind für uns zentral. Wenn es in einer Regierung möglich ist, sie durchzusetzen, werden wir das machen. Wenn es in einer Regierung nicht durchzusetzen ist, werden wir eben versuchen es aus der Opposition heraus durchzusetzen.

Dafür ist zentral, dass die ganze Partei und die Fraktion solch eine Fokussierung und Schwerpunktsetzung gemeinsam mitträgt und sie durch ihr Personal ohne Ende bei jeder Gelegenheit kommuniziert wird. Entscheidend dabei ist eine Sprache zu sprechen, die die Menschen verstehen. DIE LINKE muss natürlich den Kopf der Leute erreichen. Wenn wir aber wieder stärker werden wollen, müssen wir eben auch den Bauch der Leute erreichen. Empirische Befunde zur sozialen Ungleichheit in Deutschland müssen verbunden werden mit

realen Erzählungen, in denen sich die Leute wieder finden. Die Formel lautet: Statistik + emotionale Erzählung = erfolgreicher Kampf.

DIE LINKE steht für eine grundlegende Erneuerung und Stärkung des Sozialstaates. Wir machen ein Angebot an diejenigen, die täglich ausgebeutet und entwürdigt werden, denn für sie sind wir gegründet worden. Aber wir sagen auch: Wir brauchen auch diejenigen, und wollen sie gewinnen, denen es ökonomisch oftmals ganz gut geht, die aber in keiner gespaltenen Gesellschaft, sondern in einer solidarischen Gesellschaft leben wollen.

Das Ganze muss - last but not least - personell unteretzt werden. So schade es für Linke auch ist: Inhalte sind sehr wichtig, Personen aber auch. Ist halt so. Daher müssen sich die Spitzenleute eben verständigen, wer was macht, wer wo ankommt und wie man die, die populär sind einbindet. Befindlichkeiten wurden genug ausgetauscht. Jetzt zählt der Erfolg.

Jan Korte MdB

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

DIE LINKE Bundestagsfraktion

## **Kerstin Eisenreichs Rede im Landtag zu den Straßenausbaubeiträgen vom 15. Dezember 2020:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, nun endlich werden auch in Sachsen-Anhalt die längst umstrittenen Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Viel zu lange haben die Bürgerinnen und Bürger des Landes darauf warten müssen, obwohl der Gesetzentwurf unserer Fraktion bereits seit mehr als zwei Jahren im Hause vorliegt.

Statt unserem Vorschlag einer endgültigen Abschaffung zum 1. Januar 2017 zu folgen, tritt die Abschaffung mit dem Gesetzentwurf, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, nun erst zum 1. Januar 2020 ein. Na ja, immerhin haben Sie sich nach monatelangem Hin und Her in der Koalition einigen können. Dass diese Einigung letztendlich doch noch zustande gekommen ist, ist dem Engagement der Volksinitiative „Faire Straße“ und zahlreichen Bürgerinitiativen im Land zu verdanken. An dieser Stelle auch noch mal stellvertretend für alle unser Dank an Frau Birkner und Herrn Kühn.

So schön das alles klingt, kurz vor Weihnachten, gerade in der aktuell schwierigen finanziellen Situation vieler Menschen und der Kommunen im Land, haben Sie ein schön verpacktes „Geschenk“ auf den „Gabentisch“ gelegt. Aber man sollte die Packungsbeiträge ganz

genau lesen und man wird staunen. Denn wer nun glaubt, dass nun alles gut sei und endlich keine Bescheide mehr ins Haus flatterten, der irrt. Ihr Gesetzentwurf, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, sieht zum jetzigen Zeitpunkt für die Jahre 2017 bis 2019 immer noch vor, dass die Kommunen Straßenausbaubeiträge erheben können, wenn die sogenannte Schlussrechnung bis zum 31.12.2019 bei der Gemeinde eingegangen ist.

Reden Sie also bitte Klartext mit den Menschen im Land; denn bis einschließlich 2023 können immer noch Bescheide über Straßenausbaubeiträge verschickt werden. Insbesondere jene Kommunen, die knapp bei Kasse sind - das werden in der zugespitzten Pandemiesituation immer mehr, werden keine Option haben, auf diese Einnahmen zu verzichten, da können die Kommunalaufsichten noch so großzügig sein.

Diese Beiträge werden vom Land nicht erstattet, wenn sie nicht erhoben werden. Damit handeln Sie auch dem Anliegen der Volksinitiative „Faire Straße“ zuwider.

Meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen! Sie haben mit Ihrem Gesetzentwurf die Chance für wirkliche Rechtssicherheit und eine faire Lösung verpasst. Ihre Kannregelung ist streitanfällig. Erklären

Sie doch mal den Bürgerinnen und Bürgern, was es mit der Schlussrechnung auf sich hat. Woher sollen denn die Menschen wissen, wann bei der Gemeinde die Schlussrechnung vorhanden ist? Das ist doch für niemanden nachvollziehbar und hat nichts mit Klarheit, Rechtssicherheit und Transparenz zu tun.

Sie stehlen sich damit aus der Verantwortung, weil die Auseinandersetzungen auf der kommunalen Ebene stattfinden werden. Dann sind Sie dann fein raus.

Klar und eindeutig ist dagegen die Regelung in unserem Gesetzentwurf, die besagt, dass die Bescheide, die bis zum Stichtag der Abschaffung der Beiträge bei den Bürgerinnen und Bürgern eingegangen sind, Bestand haben und alle anderen nichtig sind. So wäre wirklich Klarheit geschaffen worden. Doch dann ist da noch die Finanzierung: Mit der Spitzabrechnung für 2020 und 2021 kann man sich arrangieren, aber dass Sie ab 2022 als Haushaltsgesetzgeber sage und schreibe 15 Millionen • für die Kommunen im Land bereitstellen wollen, zeugt nicht vom Willen, den aufgelaufenen Investitionsstau bei der Gemeindefußstraßenanierung abarbeiten zu wollen. Denn das eigentliche Minus rührt doch nicht von den ausfallenden Beitragseinnahmen her. Seit Jahren hat sich dieser Stau aufgebaut, weil die Kommunen gar nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Das ist hier oft thematisiert worden und auch das hat die Volksinitiative gefordert. Aber auch an dieser

Stelle erfüllen Sie mit Ihrem Gesetzentwurf die Erwartungen nicht.

Im Übrigen hat auch der Landesrechnungshof bei der Anhörung im Finanzausschuss darauf hingewiesen, dass der Bedarf weit über den 15 Millionen Euro liegt. Ich darf deshalb noch einmal auf unseren Gesetzentwurf verweisen, der mit einer Änderung im Finanzausgleichsgesetz über besondere Ergänzungszuweisungen immerhin 55 Millionen Euro in summa veranschlagt. Trotz unseres eigenen Gesetzentwurfes, den meine Fraktion vor zwei Jahren vorgelegt hat, hat sich die Fraktion DIE LINKE mit einem Änderungsantrag in den Ausschüssen eingebracht, um die größten Schnitzer auszubessern. Das ist leider nicht gelungen. Und leider waren Sie auch nicht bereit, über unseren Gesetzentwurf direkt zu diskutieren. Unser Gesetzentwurf enthält die besseren Ideen, auch zur Finanzierung. Der Entschließungsantrag, den Sie heute vorgelegt haben, bestätigt dies eigentlich, auch wenn das, was darin steht, in das Gesetz gemusst hätte.

Aus diesen vielen Kritikpunkten - das ist Wasser in Ihrem Weihnachtswein - lehnen wir die Beschlussempfehlungen zu den beiden Gesetzentwürfen ab. Außerdem liegt Ihnen unser Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung zur Volksinitiative vor. Zu dem Entschließungsantrag enthalten wir uns der Stimme. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 15.12.2020

### #Pandemie

#### **Krisenauswirkungen - Verschärfung der (Kinder-)Armut verhindern, Abschiebestopp und Unterstützung für Gewerbetreibende**

Mit drei Initiativen zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie startete die Fraktion DIE LINKE in die Plenarsitzung und die Aussprache zur Regierungserklärung. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie verschärfen die soziale Ungleichheit. Besonders schwer sind Alleinerziehende, Menschen ohne Erwerbstätigkeit oder mit geringfügiger Beschäftigung, kinderreiche Familien sowie Rentner\*innen betroffen - nicht zu vergessen die jungen Menschen, die schon jetzt pandemiebedingt in die Arbeitslosigkeit und damit drohende Armut gedrängt werden.

Die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern sagte in ihrem Debattenbeitrag zur Regierungserklärung: „Der

soziale Frieden ist in Gefahr.“ Deshalb fordert Die LINKE die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes für Beschäftigte im Niedriglohnbereich unabhängig von der Bezugsdauer auf 100 Prozent, des Hartz-IV-Regelsatzes auf 644 Euro sowie eine Altersgrundsicherung und einkommensunabhängige Kindergrundsicherung. Bei der Durchführung der Corona-Impfung sollen Menschen mit geringem oder keinem Einkommen sowie ohne Krankenversicherung gleichermaßen berücksichtigt werden. Außerdem sollen die Schüler\*innen und Schulträger bei der technischen Ausstattung mit Computern und Druckern unterstützt werden.

Vor dem Hintergrund der immer noch stattfindenden Abschiebungen von schutzsuchenden Menschen appellierte sie an die Landesregierung: „Wir brauchen dringend Solidarität mit den Menschen, die von Abschiebung bedroht sind. Es ist unverantwortlich, wäh-

rend der Pandemie Menschen abzuschieben und sie damit zu Kontakten mit anderen Menschen zu zwingen! Genau das sind Aktivitäten, die uns durch die jeweiligen Eindämmungsverordnungen untersagt werden. Die Landesregierung soll sich für die Entfristung der Abschiebungen auf Landesebene einsetzen. Vergessen wir bei all unseren eigenen Problemen das Elend auf Moria nicht.“

Im Zusammenhang mit der sich auch für Gewerbetreibende zuspitzenden Situation forderte sie zudem: „Wir brauchen außerdem eine schnelle Hilfe für Gewerbetreibende, zum Beispiel durch ein Kündigungsmoratorium und die Möglichkeiten für Gewerbetreibende Mieten zu mindern.“

## #Gesundheit

### Beitragserhöhung stoppen

Im Schatten der Diskussionen um die Rundfunkbeitragserhöhung bahnt sich eine Beitragserhöhung viel größeren Ausmaßes an: Das Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz sieht, neben der einmaligen Erhöhung des Bundeszuschusses um fünf Milliarden Euro, Regelungen zur Beteiligung der Krankenkassen aus deren Reserven im Umfang von acht Milliarden Euro vor. 50 Prozent dieser Reserven stammen aus den AOK´en und davon sind wiederum überproportional AOK´en aus dem Osten der Bundesrepublik betroffen. Insbesondere gilt das für die AOK Sachsen-Anhalt. Die Reserven der Krankenkassen werden durch diese Maßnahme aufgebraucht und ein Zusatzbeitrag ist zu erwarten. „Das heißt im Klartext, dass der Bund die Kassen um 8 Mrd. Euro enteignet. Aus einer Rücklage, die übrigens dazu dienen sollten, höhere Zusatzbeiträge zu vermeiden. Gesetzlich versicherte Arbeitnehmer\*innen dürfen zahlen, Privatversicherte werden verschont.“, so die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, über die Länderkammer für eine Erhöhung der Bundeszuschüsse und die Abwendung der Beitragserhöhungen zu stimmen.

## #Bildung

### Anspruch auf Hortbetreuung für Erstklässler\*innen vor der Einschulung

Kinder sind zum 1. August schulpflichtig, werden aber erst ab dem Tag der Einschulung unterrichtet. Das Problem ist die Hortbetreuung bis zur Einschulung. „Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration gab einen Erlass vom 13. Mai 2019 zur Regelung der Betreuung künftiger Erstklässlerinnen und Erstklässler

an den Schultagen im neuen Schuljahr heraus. Es war der Auffassung, dass an den Schultagen des neuen Schuljahres, die also vor dem Termin der Einschulung der neuen Erstklässler liegen, kein Betreuungsanspruch von bis zu acht Stunden täglich besteht.“, so die kinder- und familienpolitische Sprecherin und Vorsitzende des Bildungsausschusses Monika Hohmann zum Hintergrund des Gesetzentwurfes. Deshalb fordert DIE LINKE mit ihrem Gesetzentwurf, Kinder, die zum 1. August schulpflichtig, aber aufgrund des Einschulungstermins noch nicht unterrichtet werden, sollten in der Zeit zwischen dem allgemeinen Schulbeginn und dem Tag der Einschulung wie Schulkinder in der Schulferienzeit behandelt werden.

## #Bürgerentlastung

### Straßenausbaubeiträge ab dem 1.1.2020 abgeschafft - aber nicht ganz!

In zweiter Beratung wurde der Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge verabschiedet. So begrüßenswert dies ist, kritisierte die für Kommunalabgaben zuständige Abgeordnete Kerstin Eisenreich den Gesetzentwurf erneut: „Denn wer nun glaubt, dass alles gut sei und endlich keine Bescheide mehr ins Haus flattern könnten, der irrt.“ Der Gesetzentwurf sehe zum jetzigen Zeitpunkt für die Jahre 2017 bis 2019 immer noch vor, dass die Kommunen Straßenausbaubeiträge erheben können, wenn die sogenannte Schlussrechnung bis zum 31. Dezember 2019 bei der Gemeinde eingegangen ist. Das heißt im Klartext: „Bis einschließlich 2023 können immer noch Bescheide über Straßenausbaubeiträge verschickt werden!“ Davon betroffen seien insbesondere Kommunen, die knapp bei Kasse sind, da sie bei Verzicht auf diese Beiträge keine Kompensationen vom Land zu erwarten haben. Die Koalition habe die Chance für Rechtssicherheit und eine faire Lösung verpasst. Ein weiterer Knackpunkt bleibt die künftige Finanzierung des kommunalen Straßenbaus, denn seit Jahren habe sich ein riesiger Investitionsstau aufgebaut, weil die Kommunen gar nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL)

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Dezember 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.



Viele verbinden mit dem Jahr 2021 die Hoffnung auf einen Neustart - zumal in Deutschland, wo die Corona-Krise auf ein Superwahljahr trifft, das die Chance bietet, die Bedingungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens neu zu verhandeln: wie bekommen wir die sozialen Ungleichheiten in den Griff, die durch die Corona-Krise verschärft wurden? Wie machen wir Wohnraum wieder bezahlbar? Und wie schaffen wir es, unser Gesundheitssystem pandemiefest zu machen - jenseits von Markt und Profit?

Diese und viele andere Frage werden uns in diesem Jahr beschäftigen. Aber nur wenn wir uns organisieren, können wir etwas verändern. Nur dann haben wir eine Chance auf einen Neustart zu unseren Bedingungen. Deshalb laden wir euch ein, aktiv zu werden. Etwa in unserem Aktiven-Netzwerk Linksaktiv oder als Mitglied unserer Partei. Dank eurer Mitgliedsbeiträge können wir unabhängig von Konzernen und Lobbyisten Politik machen - als einzige im Bundestag vertretene Partei.

Wie man einen erfolgreichen Wahlkampf führt, das erfahrt ihr schließlich in unserer neuen Workshop-Reihe „Super Tuesday“. Vom Infostand und Haustürgesprächen über Organizing-Strategien bis zum gelungenen Social Media-Auftritt - immer geht es um praktischen Wahlkampf, aber jedes Mal zu einem anderen Thema, mit einem anderen Fokus und anderen Kniffs aus der Methodenkiste. Lust bekommen? Dann meldet euch noch heute für die Workshops an!